

# «Ich bin eigentlich grüner als die Grünen»

**Die SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo Blocher kämpft an vorderster Front gegen Windkraftanlagen in Graubünden. Mit Unterstützung der Partei bekämpft sie auch den kantonalen «Richtplan Energie». In Chur stellte sie sich den Fragen der EP/PL.**

JON DUSCHLETTA

«Engadiner Post/Posta Ladina»: Fra Martullo, seit wann beschäftigt sich die SVP mit Landschaftsschutz?

Magdalena Martullo: Schon sehr lange. Wir waren immer schon in der Land- und Forstwirtschaft aktiv und waren auch die einzige Partei, die sich gegen das verhängnisvolle Raumplanungsgesetz wehrte. Auch bei der Energiestrategie waren wir als einzige gegen das Gesetz und warteten bereits damals vor einer Verschandelung der Alpen mit grossen Windkraftwerken. Nun ist es so weit, unsere Tourismusorte sollen mit grossen Wind- und Solaranlagen vollgepflegt werden.

**Aber Sie werden damit andere Ziele verfolgen als die Grünen?**

Ja. Links/Grün will alles staatlich steuern. Sie sind gegen jegliche wirtschaftliche Nutzung und sogar gegen die Tierhaltung. Wir von der SVP setzen uns hingegen für genügend Wohnraum, den Tourismus und die Landwirtschaft ein. Unser Logo ist ja auch grün. Da ich mich massiv gegen den aktuell geplanten Zubau an Windkraft wehre, bin ich jetzt wohl noch grüner als die Grünen, welche noch mehr Windkraft wollen. Die Bündner Regierung hat einen Auftrag des Bundes bekommen, Windparkzonen auszuscheiden. Warum sie ausgerechnet alle grossen Tourismusgebiete und das Bündner Rheintal vollbauen will, ist mir unverständlich. Die Destinationen Flims/Laax, Davos, Arosa, Lenzerheide, aber auch Scuol und die Val Müstair sollen Windenergie im nationalen Interesse erhalten. Ihre Landschaftsqualität wird damit massiv herabgesetzt, und Tourismus-Einbrüche werden die Folge sein. Weil sie sich immer für Windenergie starkgemacht ha-



Magdalena Martullo Blocher wehrt sich gegen die Landschaftverschandelung durch Windkraftpärke. Foto: Jon Duschlietta

ben, lehnen sich die anderen Parteien nun nicht dagegen auf. Weil es sich um Projekte von nationalem Interesse handelt, ist der Richtplan verbindlich, und auch die Gemeinden und die Bürger können sie nicht mehr verhindern. Das geht bis zur Enteignung.

**Und Sie persönlich?**

Ich bin diesbezüglich unbelastet. Energieversorgung ist wichtig, gerade auch im Tourismus. Projekte müssen aber in der Region abgestützt sein, das heisst, die Gemeinden und das Volk müssen mitbestimmen können. Deshalb muss die Bevölkerung vorher wissen, worauf sie sich einlässt. Die geplanten Windenergiezonen sind leider sehr einschneidend, oberhalb der Dörfer in der Landschaft, aber auch in Bezug auf Lärm, Licht, Brandrisiken und Eswurf. Einen «Windzins» analog zum Wasserzins gibt es nicht.

**Ich zeige Ihnen das Bild von Lü in der Val Müstair mit Ihrer Visualisierung. Lü, das sind Sie sicher nicht frei von Emotionen?**

Lü ist eine wunderschöne Ortschaft, nicht nur, weil sie damals geschlossen gegen den EWR-Beitritt gestimmt hat, mein Vater ist dort sogar Ehrenbürger (lacht). Meine Tochter wird im Herbst dort noch einen Landdienst absolvieren. Das Müntertal darf kaum etwas bauen, alles ist geschützt. Seit zehn Jahren wird für die direkte Verbindung ins Skigebiet gekämpft und aufgrund der Umweltverbände alle nur erdenklichen Studien gemacht. Und nun soll gleich am Taleinstieg in der Biosfera ein Windpark entstehen. Das geht doch nicht.

**Wenn wir die Richtplankarte der ausgeschiedenen Windzonen in Graubünden betrachten, so ist der weitaus grösste Teil davon weiss, kommt als für Windanlagen nicht infrage. Die paar eingefärbten Zonen müssen man mit der Lupe suchen.**

Was heisst hier, ein paar? Es sind 25, meist grössere Windzonen für Graubünden ausgeschieden. Da werden ganze Hänge und Täler bebaut. Und das

für eine Stromproduktion im Promille-Bereich der Schweiz.

**Wir sprachen vom Gebiet Lü. Dieses ist im Richtplan als B-Kategorie aufgeführt und somit Reservezone. Wie realistisch ist es, dass hier überhaupt irgendwann mal auch nur ein einziges Windrad steht?** Das müssen wir verhindern. Die B-Pärke kommen, wenn die A-Pärke zu wenig Energie bringen. Diese werden kaum alle realisiert. So ist die Industriezone der Ems-Cheme und der Hamilton gegenüber als A-Zone deklariert. Hier kann aus Sicherheitsgründen aber auf keinen Fall ein Windpark zu stehen kommen. In fünf Jahren werden wir vom Kanton erfahren, ob sie die B-Zonen auch freigeben.

**Die SVP verlangt jetzt eine Verlängerung der Eingabefrist um 90 Tage und möchte mit einer Petition den «Richtplan Energie» generell zu Fall bringen.**

Wir fordern in erster Linie die Rückweisung des Richtplans und Überarbeitung mit den Regionen. Deshalb haben wir auf svpwind.ch eine Petition

lanziert, die bereits grosse Resonanz gefunden hat. So kann sich die Bevölkerung wehren. Die Val Müstair und Scuol sollten meiner Meinung nach eine klare Vernehmlassungsantwort eingeben.

**Noch liegt aber kein Projekt vor, noch steht kein Windrad ...**

Windanlagen werden neu massiv durch den Bund subventioniert. Aufgrund des nationalen Interesses werden sie wie Autobahnen oder SBB-Geleise wenn nötig über Enteignungen durchgesetzt. Das nationale Interesse ist bereits in mehreren Gesetzen festgehalten.

**Zurück zur Visualisierung von Lü. Das ist doch Angstmake.**

Ja, das macht wirklich Angst. Es ist aber leider Realität.

**Hand aufs Herz, wie realistisch sind solche überdimensionierten Windanlagen?**

Woran bitte soll es denn scheitern? Wenn eine solche Anlage im Richtplan ist, dann ist sie frei zur Realisierung. Auch wenn eine Gemeinde sich gegen einen Standort aussprechen würde, könnte der Kanton den Nutzungsplan selber erlassen. Noch einmal, nationales Interesse ist sehr hoch angesiedelt. So wie ich Graubünden und die aktuelle Regierung kenne, wird sich niemand gegen den Auftrag zur Windstromproduktion aus Bern wirklich auflehnen, die Staatsgläubigkeit in Graubünden ist leider sehr ausgeprägt.

**Wenn Sie und ich in 20 Jahren gemeinsam eine Tour durch Graubünden machen, wie viele Windkrafttrader werden wir sehen?**

Hoffentlich keines, weil sie nicht auffällig oder störend platziert worden sind. Ich sehe jeden Tag das Windrad von Haldenstein. Das war ein Pilotprojekt. Persönlich stört mich aber auch dieses in der Landschaft. Ich bin nicht gegen Windenergie, aber die lokale Bevölkerung soll entscheiden können. Im Val Lumnezia soll es nun Windpärke geben, obwohl die Bevölkerung mit 60 Prozent dagegen stimmte. Die Energieversorgung müssen wir im grossen Stil lösen, unser Bundesrat Albert Rösti wird hier bald neue Vorschläge bringen.

Magdalena Martullo Blocher (53) ist Mehrheitskationarin, Vizepräsidentin und VR-Delegierte der Ems-Chemie Holding AG und seit 2015 Bündner SVP-Nationalrätin.

## SVP bekämpft Windkraftanlagen von Grund auf

**Am Freitag präsentierte die SVP in Chur ihre Kritik gegenüber den «drastischen Plänen» der Regierung im Zusammenhang mit dem «Richtplan Energie». Besonders stört sie sich an den geplanten Windparks und mobilisiert mit markigen Visualisierungen dagegen.**

JON DUSCHLETTA

Die SVP, namentlich Nationalrätin Magdalena Martullo Blocher, Parteipräsident Roman Hug und Fraktionspräsident Walter Grass sehen in den geplanten Windparkzonen im Kanton Graubünden einen massiven Eingriff sowohl in die Landschaft wie auch in die Tier- und Pflanzenwelt. «Mit», wie sie am Freitag an einer Medienkonferenz in Chur sagten, «entsprechenden Auswirkungen für die Wohnbevölkerung, den Tourismus, das Gewerbe und die Industrie.»

Die SVP zeigte sich schockiert, kritisierte den Richtplan als mit knapp 400

Seiten zu umfangreich für eine abschliessende Stellungnahme, die erstmals angewendete E-Vernehmlassung als bedienereunfreundlich und zu aufwendig und bemängelte ganz grundsätzlich die fehlende Information von Bevölkerung und Gemeinden im Vorfeld der Vernehmlassung. Die SVP fordert deshalb, die Regierung müsse den «Richtplan Energie» unverzüglich zurückziehen und diesen «in enger Abstimmung mit den Regionen und Gemeinden» komplett überarbeiten.

**Petition und Visualisierungen**

Um ihrer Forderung mehr Gewicht zu geben, hat die SVP am Freitag auf der Internetseite svpwind.ch eine Petition gegen die im Richtplan ausgeschiedenen Windkraftzonen lanciert. Die Kampagne wird von sieben Visualisierungen begleitet, die laut der SVP aufzeigen, wie drastisch sich das Landschaftsbild in den Windkraftzonen ändern könnte, würden solche Anlagen (ereinst realisiert) respektive nicht frühzeitig und konsequent bekämpft.

Der Kanton presche im gesamtschweizerischen Kontext vor, kritisiert die SVP auf den gedruckten Visualisierungskarten. Zudem würden Gemeinden und

Bevölkerung übergangen, Windpärke in Siedlungsnähe und in touristischen Hauptdestinationen schwächen das Landschaftsbild als Stärke des Schweizer Tourismus und auch die bewährte Wasserkraft gerate durch die Bevorzugung von mit Wind- und Sonnenenergie betriebenen Grossprojekten unter Druck.

**Kanton weist Kritik von sich**

Die EP/PL hat den Leiter der kantonalen Richtplanung, Jacques Feiner vom Amt für Raumplanung ARE, mit den Argumenten der SVP konfrontiert. Er hält vehement dagegen und weist beispielsweise den Vorwurf schlechter Information von sich: «Wir haben früh bewusst objektiv und auf allen Kanälen, auch auf den sozialen Medien, informiert.» Bereits im Vorfeld seien zudem Organisationen und andere wichtige Stellen per Mailing vororientiert worden.

Feiner relativierte auch den von der SVP ins Feld geführten Umfang der Vernehmlassung. Richtplanausschnitte seien zwar immer von vielen Grundlagenpapieren begleitet, räumte er ein, «im 91-seitigen Richtplangentext Energie und vor allem im 86-seitigen erläuternden Bericht sind aber alle wichtigen In-

formationen zusammengefasst.» Der Grundlagenbericht Wind habe 107 Seiten, aber zähle man alle Papiere des Richtplans Energie zusammen, so komme man sogar auf über 1000 Seiten. «Dieses muss aber niemand lesen, um informiert zu sein.»

Zu den provokativen Visualisierungen wollte sich Feiner nicht im Detail äussern. Rein fachlich gesehen würden diesen aber «grundlegende, landschaftliche Überlegungen» fehlen. Zudem seien Standorte und Proportionen der abgebildeten Windparks und auch die Abstände zwischen den einzelnen Windrädern im landschaftlichen Kontext «zumindest zu hinterfragen».

Und zum Vorpreschen des Kantons sagte Feiner: «Der Kanton Graubünden ist diesbezüglich kein Musterschüler, sondern höchstens Mittelmass.» Graubünden befindet sich zusammen mit den Kantonen Zürich, Luzern, Schwyz, St. Gallen und beider Appenzell aktuell mitten im Raumplanungsverfahren. Acht Kantone hätten dieses schon abgeschlossen und einzig Bern und Zug hätten damit noch gar nicht begonnen. «Die Kantone Uri, Tessin und Wallis haben nur Einzelstandorte ausgewiesen, weil dort nicht mehr infrage

kommt», so Jacques Feiner. (weitere Argumente siehe Frontartikler).

**Fristverlängerung um 90 Tage**

Die SVP hat am Freitag anlässlich der Medienkonferenz zudem zwei grundsätzliche Fraktionsanliegen vorgestellt, welche sie für die laufende Grossrats-sitzung formuliert hat. So will die SVP in einer dringlichen Fraktionsanfrage von der Regierung wissen, ob diese einer dreimonatigen Verlängerung der Vernehmlassungsfrist zustimmen würde und auch bereit wäre, den «Richtplan Energie» dem Grossen Rat zur Genehmigung vorzulegen. Wie die EP/PL bereits am Samstag schrieb, hat der Kanton die Mitwirkungsfrist zur Vernehmlassung «Richtplan Energie» um einen Monat, also bis zum 28. Juli verlängert.

Ferner fordert die SVP in einem Fraktionsauftrag die Regierung auf, bei Planung und Bau von Windenergieanlagen einen Mindestabstand von 1000 Metern zu zeitweiser oder dauerhaft genutzten Liegenschaften vorzuschreiben.

Die EP/PL hat ihre Leserschaft am 13. und 15. April ausführlich über den Status des Vernehmlassung «Richtplan Energie» und am 6. Mai über die eine von zwei Informationsveranstaltungen im Engadin informiert.

# SVP stemmt sich gegen «Richtplan Energie»

**Windkraft schwäche die Wasserkraft, kritisiert die SVP. Zudem würden die Gemeinden durch den «Richtplan Energie» ausgehebelt. Der Kanton sieht das anders.**

JON DUSCHLETTA

Die SVP um Nationalrätin Magdalena Martullo Blocher und Parteipräsident Roman Hug zerpfückten am Freitag an einer Medienkonferenz in Chur den kantonalen «Richtplan Energie» und in diesem besonders die Windkraft.

Nicht zuletzt mit Visualisierungen einzelner möglicher Standorte für Windkraftanlagen machten sie Stimmung dagegen, lancierten eine Petition und stellten zwei grossrätliche Vorstösse vor. Auf sieben gedruckten Karten stellt die SVP aktuell ausgesuchte, im Richtplan explizit ausgewiesene Standorte vor und visualisiert darin Windkraftanlagen, wie sie dereinst – und aus dem Blick der SVP – realisiert werden könnten. Darunter auch in Scuol und Lü in der Val Müstair.

Die SVP kritisiert unter anderem, dass die bestehenden regionalen oder kommunalen Richtpläne durch den kantonalen Richtplan obsolet würden und dass Gemeinden und Bevölkerung keine Handhabe mehr hätten, sich gegen solche Anlagen zu wehren. Dem hält Jacques Feiner vom kantonalen Amt für Raumentwicklung ARE entgegen, dass für mögliche Windkraftprojekte nach der Festlegung des Richtplans zuerst die Umweltverträglichkeit nachgewiesen werden, dann die Standortgemeinde

der Nutzungsplanungsanpassung zustimmen und darüber hinaus auch der Kanton eine Baubewilligung erteilen muss. «Die Gemeinden haben faktisch ein Vetorecht», relativiert Feiner und ergänzt, die üblichen Mit- und Einsprachemöglichkeiten blieben auch im Rahmen der eben beschlossenen Beschleunigungsvorlage, der «Windenergieoffensive» des Bundes, bestehen. Die 25 im Kanton Graubünden ausgewiesenen Windzonen seien aufgrund einer

detaillierten Interessenabwägung und nach den Vorgaben des Windenergie-Konzepts des Bundes definiert worden. «Dabei wurden Nachhaltigkeitskriterien, die Auswirkung auf die Landschaft und das Produktionspotenzial zu je einem Drittel bewertet.»

Laut Jacques Feiner habe der Bund – zuständig ist das Bundesamt für Raumplanung ARE, angesiedelt im Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

UVEK unter SVP-Bundesrat Albert Rösti – den Entwurf des Richtplans zur Vorprüfung erhalten und diesen in seinem Vorprüfungsbericht explizit gewürdigt. So erachte der Bund die vorgenommenen Arbeiten zum Thema Windenergie, unter anderem zur Berechnung des Produktionspotentials, zur Landschaftsbeurteilung und der darauf basierenden Interessenabwägung als zielführend, nachvollziehbar und qualitativ wertvoll.

**Selbst 3**



**SVP-Parteipräsident Roman Hug zeigte an der Medienkonferenz in Chur Visualisierungen möglicher Windparks wie beispielsweise bei Lü in der Val Müstair.**

Foto: Jon Duschletta